



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/113
Sonderausgabe

14. September 1948

Protest gegen die sowjetische Militärjustiz von Berlin

sp. Düsseldorf, 14.9.48

Zu einer leidenschaftlichen politischen Demonstration kam es am Dienstag vormittag auf dem Parteitag, als der Berliner Delegierte Kurt Mattick Mitteilung davon machte, daß fünf von 90 Berlinern, die von der Markgraf-Polizei verhaftet worden sind, am Montag vor ein russisches Militärgericht gestellt und zu je 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden, ohne daß sie die Möglichkeit hatten, vorher noch irgend eine Verbindung mit der Außenwelt aufzunehmen.

Wenn dieses Urteil auch für die Mehrzahl der Menschen in Deutschland, vor allem aber für die deutschen Sozialdemokraten, nicht mehr nötig war, um sich ein Bild zu machen, dem zeigt es doch noch einmal ganz klar den Unterschied, ob man im Rheinland oder sonstwo in Westdeutschland oder in der Ostzone lebt. Das Urteil ist der Versuch einer Besatzungsmacht, die mit ihrer Politik in Europa gescheitert ist, den demokratischen Abwehrwillen gegen diese Politik des Übergangs Europas zu brechen. Die Besatzungspolitik der Russen ist am Ende ihres Latens. Sie stehen vor der Entscheidung, Deutschland mit den brutalsten Mitteln zu unterdrücken oder abzuziehen. Wir haben die Aufgabe, alle Kräfte in Deutschland und Europa zu entfalten, diesen Abzug zu erzwingen. Dieses Urteil muß uns zeigen: mit diesen Kräften gibt es keine Verständigung. Denen, die heute nach Sibirien abwandern, rufen wir zu: "Ihr leidet nicht umsonst, der Tag wird kommen!"

Der Parteitag nahm hierzu einstimmig folgende Entschlie-ßung an: "Mit Empörung und Abscheu nimmt der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei die verbrecherischen Schandurteile der sowjetischen Militärjustiz gegen friedliche Demonstranten für Recht und Frieden zur Kenntnis.

Solange deutsche Kommunisten sich zu Handlangern dieser Besatzungsmacht hergeben, tragen sie die volle Verantwortung für diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Der Parteitag appelliert an die Welt mit der Aufforderung, diese Macht durch das Gewicht der öffentlichen Meinung zur Aufgabe einer solchen barbarischen Politik auf europäischem Boden zu zwingen".

- - - - -

Der neue Vorstand

sp. Düsseldorf, 14.9.1948

Zu Beginn der Sitzung des letzten Tages des Düsseldorfer Parteitages wurde das Ergebnis der Vorstandswahl durch Ernst Schumacher von der Kontrollkommission bekanntgegeben.

Für die Wahl des Parteivorstandes wurden 357 gültige Stimmzettel von 366 stimmberechtigten Teilnehmern des Parteitages abgegeben. Es wurden gewählt als Parteivorsitzender Dr. Kurt Schumacher mit 356 Stimmen, als stellvertretender Parteivorsitzender Erich Ollenhauer mit 341 Stimmen. Zu besoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes wurden gewählt Herta Gotthelf mit 341, Alfred Nau mit 339, Fritz Heine mit 331, Egon Franke mit 309, Herbert Kriedemann mit 246 Stimmen.

Zu unbesoldeten Mitgliedern des PV wurden gewählt: Louise Schröder mit 350, Franz Neumann mit 350, Andreas Gayk mit 341, Franz Böglert mit 339, Waldemar v. Knöringen mit 339, Fritz Henssler mit 334, Ernst Reuter mit 332, Ernst Gross mit 329, Carlo Schmid mit 329, Lisa Albrecht mit 327, Wilhelm Kaiser mit 322, Willi Elohler mit 321, Walter Menzel mit 318, Willi Fischer mit 309, Anni Krahnstöver mit 307, Erwin Schöttle mit 306, Karl Weitmann mit 299, Willi Knothe mit 295, Elisabeth Selbert mit 293 Stimmen, Emil Gross mit 277, Robert Görlinger mit 268, Valentin Baur mit 243, Adolf Grimme mit 239.

Bei der Wahl erhielten Richard Borowski 223, Fritz Steinhoff 223, und Hermann Veit 219 Stimmen, die zu einem Mandat nicht ausreichten. Aus dem Parteivorstand waren nach eigenem Wunsch ausgeschieden: Viktor Agartz, Julius Lessmann und Fritz Helmstedter.

Ollenhauer dankte im Namen des Parteivorstandes und versprach, alle Anstrengungen zu machen, um die schweren politischen Aufgaben, die vor uns liegen, mit Erfolg zu lösen. Der PV bedauere außerordentlich, daß der Genosse Hermann Veit nicht mehr im Parteivorstand sei. Er habe vor allem auf dem Gebiet der sozialistischen Wirtschaftspolitik eine große und aktive Rolle gespielt und im Hinblick auf die Aufgaben, die gerade auf diesem Gebiet bevorstehen, sei seine Mitarbeit an zentraler Stelle für die Partei unbedingt erforderlich. Selbstverständlich habe der Parteivorstand das Resultat der Wahl zu respektieren. Der geschäftsführende Parteivorstand habe deshalb beschlossen, Hermann Veit zum Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand zu berufen.

Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe

Aus dem Referat von Dr. Rudolf Zorn

sp. So wichtig ein gerechter Lohn für die Neuordnung der Gesellschaft ist, so reicht dieser doch nicht aus, um den Arbeitern und Angestellten auch wirtschaftliche Sicherheit zu geben. Mit anderen Worten: Die Beseitigung der ständigen Bedrohung der Arbeiter und Angestellten mit Wirtschaftskrisen und mit Arbeitslosigkeit muß das A und O einer sozialistischen Neuordnung sein. Das Problem der Vollbeschäftigung oder des Rechts auf Arbeit macht - auch darüber müssen wir uns im klaren sein - tiefe Eingriffe nötig, nicht nur in die Produktion und Investition, sondern unter Umständen auch in das Privatleben der Arbeiter und Angestellten.

Die Lösung dieses Kardinalproblems der Neuordnung ist in einer ungezügelter Marktwirtschaft zweifellos unmöglich. Zur Lösung dieses Problems bedarf es aber auch nicht der totalen Planwirtschaft, die Prof. Röpke und die Neu-Liberalen fordern. Röpke weist dabei auf die Erfahrungen hin, die man in Nazideutschland und in Sowjetrußland gemacht hat. Aber diese Beispiele sind nicht stichhaltig. Die Ursachen des Zwangs in diesen Ländern waren und sind weniger wirtschaftlicher als vielmehr politischer Natur. Voraussichtlich aber wird eine Lenkungswirtschaft, die lediglich die Erhöhung des Lebensstandards bezweckt, ganz anders verlaufen. Es wird Sache der Fachleute, der Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspraktiker sein, den Politikern die Wege vorzuschlagen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. In Sowjetrußland wird die Vollbeschäftigung durch Arbeitszwang und durch Verschickung in Arbeitslager erreicht. In der sozialistischen Neuordnung dagegen wird das Problem gelöst durch Kredit, politische Stützungsmaßnahmen durch staatlich geförderte Investitionsaufgaben, durch Regelung der Arbeitszeit und dergleichen mehr.

Was die Sozialdemokraten von der Neuordnung in zweiter Linie fordern, ist die demokratische Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Macht. Wir wissen aus der Erfahrung der Weimarer Zeit, daß die politische Demokratie ohne Demokratisierung der Wirtschaft keinen Bestand haben wird. Die Wirtschaftsdemokratie fordert, daß der Arbeiter und Angestellte aus einem dem Betriebsleiter unterworfenen Wirtschaftsobjekt zu einem Wirtschaftsbürger wird, der diesem in Freiheit und Gleichberechtigung gegenübersteht. Wir haben in unserer Volkswirtschaft etwa 70 Prozent selbständige Existenzen. Diese sind acht Stunden täglich am Arbeitsplatz. Es ist ihnen bis jetzt nicht gestattet, an den Entschlüssen des Arbeitgebers autorität über ihr wirtschaftliches Wohl und Wehe zu entscheiden oder auch nur mitzuwirken. Die Demokratisierung der Betriebe fordert, daß die Arbeiter wenigstens in ihren ureigensten Angelegenheiten an der Verwaltung der Betriebe teilhaben sollen, daß sie über die Betriebsvorgänge unterrichtet werden und vor allem auch, daß sie die Betriebsleitung soweit kontrollieren, ob diese ihre volkswirtschaftliche Funktion erfüllt. Wir

sind zusammengeworden, um uns schlechte Betriebsleiter und Landwirte leisten zu können. Der Arbeiter trägt auf dem Umweg des Arbeitsmarktes das Betriebsrisiko in gleicher Weise wie der Kapitalgeber; infolgedessen muß danach gestrebt werden, den Arbeiter möglichst eng mit dem Wohl und Wehe eines Betriebes zu verbinden.

Die dritte Forderung, die die Massen an die Neuordnung stellen, ist die der gleichen Chance für jedermann. Sie darf nicht verwechselt werden mit der Forderung der Gleichheit. Diese beiden Forderungen nach Gleichheit und nach der gleichen Chance schließen sich gegenseitig aus, denn die Einräumung der gleichen Chance infolge der ungleichen Anlage der Menschen führt automatisch zur Ungleichheit. Die kompromißlose Einräumung der gleichen Chance ist eine wichtige Waffe, um unser ganzes, derzeitiges Gesellschaftsgefüge umzuordnen, denn die gleiche Chance schafft eine neue, herrschende Schicht.

Die vierte Forderung, die die Menschen an die Neuordnung stellen, ist die Konsumfrage. Man versteht darunter die Freiheit, kaufen zu können, was einem beliebt und nicht, was eine staatliche Planungsstelle zu kaufen vorschreibt. Sie wird wieder eine große Rolle spielen, wenn der dringendste Notbedarf der Menschen gedeckt ist. Es wäre sicherlich für die Westeuropäer schwer zu ertragen, wenn es in der sozialistischen Neuordnung das vielseitige Warenangebot der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr gäbe. Nun ist zweifellos die Konsumfreiheit nur im freien Markt möglich. Sie schließt aber durchaus nicht aus, daß der Markt gelenkt und manipuliert wird.

Um das sozialistische Ziel; einmal die Entproletarisierung des Proletariats und die soziale Einbürgerung der Arbeiterklasse zu erreichen; kommt es in erster Linie auf eine entsprechende Lenkung und Überwachung der Wirtschaft an. Diese Lenkung und Überwachung der Wirtschaft hat nichts mit der totalen Planung zu tun, sie braucht auch durchaus nicht zur totalen Planung zu führen, wie immer von den Gegnern der Lenkungs-wirtschaft behauptet wird. So wenig wir eine Befehlswirtschaft wollen, so wenig wollen wir eine uneingeschränkte Konkurrenz-Wirtschaft. In dem heute wieder so modern gewordenen wirtschaftlichen Freiheitskaumel darf nicht übersehen werden, daß die freie, sich selbst überlassene Marktwirtschaft noch nie zu einem harmonischen Gleichgewicht der Kräfte geführt hat, sondern immer nur zu einer weitgehenden Vermachtung der Privatindustrie in Monopolen und monopolähnlichen Gebilden. Dagegen gibt es kein Heilmittel und auch die Neoliberalen, wie Prof. Röpke, haben keines gefunden außer jenem der Überwachung und Lenkung der Wirtschaft, die sie durch ein Hintertürchen in ihr System wieder hineinlassen. Ohne Lenkung der Wirtschaft kommt überhaupt keine moderne Wirtschaft mehr aus. Es gibt ja auch kein Land mehr, in dem uneingeschränkt der freie Markt herrscht. Nicht einmal in der USA ist dies der Fall.

Nur eine vernünftige Kombination der beiden, Extremunabhängigsten Konkurrenzwirtschaft und totalen Planwirtschaft ist ein geeignetes Ordnungsinstrument. Diese Kombination nennt die heutige Wissenschaft die regulierte Marktwirtschaft. Hierdurch wird zum Ausdruck gebracht,

daß die Institution des Marktes auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt, daß aber gleichzeitig Direktiven für die Produktion und Verteilung gegeben werden, um die Schwankungen der freien Marktwirtschaft zu vermeiden. Die Kontrolle ist also ein wesentlicher Bestandteil der regulierten Marktwirtschaft.

Die Fehldiagnosen Prof. Erhards

sp. Düsseldorf

In seiner kritischen Analyse der Frankfurter Wirtschaftspolitik sagte Dr. Hermann Veit u.a.: "Wir bedauern weder Professor Erhard um den Beifall, noch die CDU um die Verantwortung, die sie mit der Billigung dieser Wirtschaftspolitik erneut übernommen hat". Veit unterstrich dann die Fehldiagnosen Erhards bei der Wirtschaftslage. Es gebe keinen echten Markt, sondern ausschließlich das Preisdiktat der Produzenten und Händler, die aus einem unzureichenden Sozialprodukt unerträglich Gewinnmassen auf Kosten derer, denen nicht einmal die dürftigsten Existenzmittel verbleiben, herausgeschnitten haben. Die nächste Gefahr, die aus dieser Entwicklung zu erwarten ist, sieht Veit in einer Einschränkung der Intensität der Erzeugung von Hauptnahrungsmitteln.

"Wir sind keine Dogmatiker, Herr Professor Erhard, als die Sie uns gern abstempeln möchten, sondern Sie halten an den Dogmen einer Theorie fest, obgleich Sie ihre Unrichtigkeit längst erkannt haben müssen. Aber wir sind Fanatiker der sozialen Gerechtigkeit und wir werden getreu unserer Tradition nie aufhören, Anwalt derer zu sein, die als die wirtschaftlich Schwachen Stiefkinder des Schicksals sind".

"Ein grundlegender Wandel ist solange nicht möglich, als das Volk uns nicht ein klares Mandat erteilt. Solange aber auch die besitzlosen Kreise der CDU an die von ihren Abgeordneten gewählten Direktoren der bizonalen Wirtschaft, solange sie an Erhard und an Storch glauben, solange bleibt uns nichts anderes übrig, als Arzt am Krankenbett der ungerateten Sprößlinge der derzeitigen Wirtschaftspolitik zu sein".

Die Forderung der Sozialdemokratie formulierte Veit mit der Aufstellung von Produktionsplänen zur serienweisen Erzeugung von verbilligten Schuhen, Textilien, Hausrat und Möbel durch Vereinbarungen mit der Industrie oder durch Produktionsauflagen und ihre Verteilung an minderbemittelte Schichten des Volkes. Die Konsumgüter der STEG seien sofort und so billig wie möglich auf den Markt zu bringen, um durch Abziehen von Kaufkraft die Preissteigerungen abzustoppen.

Ferner forderte Veit ein sofortiges, wirksames Preiskontrollgesetz. Das jetzt verabschiedete Gesetz gegen Preistreibererei bezeichnete er als völlig ungenügend. Es sei bares Geld für die Anwälte, aber zur Senkung überhöhter Preise unbrauchbar. Notwendig sei eine Preisgesetzgebung, die die Preise an die Kosten bindet.

Dr. Veit schloß mit den Worten: "Nicht die Bajonette der Westmächte, sondern nur die bessere Idee kann das Vordringen der östlichen Barbarei auf die Dauer verhindern. Diese bessere Idee ist die Freiheit, gezügelt vom sittlichen Gesetz in der Brust des einzelnen".

die im Mitmenschen den Bruder und nicht das Opfer zu sehen hat, und gebündelt durch das Gesetz des Staates, die Gerechtigkeit und das Wohl aller Bürger sich zur Richtschnur ihres Handelns dienen lassen muß".

Aufruf zum Wohnungsbau

sp. Düsseldorf, 14.9.48

Auf dem Düsseldorfer Parteitag der SPD wurde folgender Aufruf zum Wohnungsbau einstimmig angenommen:

"Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verlangt die unverzügliche Inangriffnahme des sozialen Wohnungsbaus. Er verpflichtet alle sozialdemokratischen Mitarbeiter in den Ländern und Gemeinden, den Wohnungsbau und seine Finanzierung in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufgaben zu rücken. Hierbei sollen folgende Grundsätze verwirklicht werden:

1. Die Wohnungspolitik betrifft sowohl die Erhaltung des vorhandenen Wohnungsbestandes als auch den Neubau (einschließlich Wiederherstellung) als sozialen Kleinwohnungsbau. Dabei sollen alle Arten von Gebäudegrößen sowie Eigentumsformen (Eigenheimbau, Gemeinnütziger Wohnungsbau, Privater Miethausbau) je nach den örtlichen Gegebenheiten gefördert werden.
2. Die höchst zulässige Neubaumiete ist ohne Veränderung des jetzigen örtlichen Miets-Niveaus für Neubauten festzusetzen. Soweit die Herstellungskosten durch diese Mieten nicht gedeckt werden können, müssen sie durch öffentliche Beihilfen aufgebracht werden. Um diese zu vermindern, sind Baupreise, Baustoffpreise und Zinsen gegenüber dem heutigen Stand planmäßig zu senken.
3. Die Wohnungsmiete ist nach den Grundsätzen des Gemeinnützigen Wohnungsbau zu kalkulieren.
4. Bei der Preispolitik ist von der Mietpreis-Politik hinzusteuern, bei der Kalkulation der Mieten des sozialen Wohnungsbaus ist in der öffentlichen Förderung und in gesetzgeberischen Maßnahmen von einem Bodenpreis auszugehen, der in Hinsicht auf eine tragbare Miete vertretbar ist. Die kommunale Wohnungspolitik hat dafür zu sorgen, daß für die Wohnversorgung der Bevölkerung günstige Wohnlager und dabei für die Siedlung geeignete Böden zur Verfügung gestellt werden.
5. Als Übergangsmaßnahme sind im Interesse der Kriegsgeschädigten ohne Beschränkung auf Rentierlichkeit ausschließlich für den sozialen Wohnungsbau die gesamten Mittel zu verwenden, die aufgrund des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Kostenausgleich von 9.7.1948 eintreffen. Soweit die Mittel nicht sofort fließen, ist eine Vorfinanzierung durch die Kreditinstitute der Länder durchzu-

führen, gegebenenfalls unter Übernahme der Kreditkosten auf öffentliche Haushalte.

6. Für die Finanzierung des Wohnungsbaus ist im Übrigen auf die fünfprozentige Festquote zurückzugreifen mit der Maßnahme, daß der Inhaber der Guthaben selbst bestimmt, in welcher Weise er die Mittel langfristig anlegen will, (Genossenschaftsanteile, Zweckgebundene Sparguthaben, Zusätzliche Einzahlung für Versicherungsguthaben, Gesparnte Pfandbriefe, Kontrollierte Eigenheimfinanzierung) soweit die Guthaben nicht zur unmittelbaren Lebenssicherung benötigt werden. Dabei ist sicherzustellen, daß die Guthabenzinsen niedrig bemessen werden, damit die Zinsen für Baurechnungen zugunsten des Wohnungsbaus nicht über drei Prozent betragen.

7. Das Zwecksparen zugunsten des Wohnungsbaus bei Wohnungsgenossenschaften und in anderen Sparformen (Steuervergünstigung) ist auf breiter Grundlage zu entwickeln. Dabei darf die Zuteilung der Wohnungen nicht von der Höhe der Sparleistungen abhängig gemacht werden, sondern nur von ihrem angemessenen Verhältnis zum Einkommen unter Berücksichtigung der Familiengröße.

8. Von dem im endgültigen Lastenausgleich aufkommenden Mitteln sind wesentliche Beträge für den Wohnungsbau bereitzustellen, um damit Flüchtlingen und sonstigen Geschädigten wieder Wohnraum zu schaffen. Sie sind vorzugsweise zur zinsfreien Finanzierung der unrentierlichen Kosten sowie erforderlichenfalls zur Ausstattung der wohnungslosen Kriegsgeschädigten mit dem zur Baufinanzierung unentbehrlichen Eigengeld zu verwenden.

9. Sowie ausländische Mittel, insbesondere Marshallplan-Mittel für Investitionszwecke bereitgestellt werden, ist die Bau- und Wohnungswirtschaft angemessen zu beteiligen.

10. Haushaltsmittel der Länder und Gemeinden sind nach wie vor zur Finanzierung bereitzustellen. Mittel zur Förderung des Bergarbeiter-Wohnungsbaus und entsprechende Mittel in anderen Wirtschaftszweigen dürfen nur nach den Grundsätzen des gemeinnützigen Rechts vergeben werden.

11. Mit der Verwaltung der für den Wohnungsbau bestimmten öffentlichen Mittel sind in jedem Land Wohnungsbau-Kreditanstalten auf öffentlich-rechtlicher Grundlage zu betrauen. Den Stadt- und Landkreisen sind durch Auslösung von Teilen der öffentlichen Förderung Mittel zur Durchführung eigener Wohnungsbauprogramme zur Verfügung zu stellen.

SPD-Führung im Freiheitskampf

Von Peter Raunau

Düsseldorf, 14.9.1948

Am Schluß einer Veranstaltung wie dem Parteitag der größten und geschlossensten Partei Deutschlands stellt man zunächst einmal die Frage nach dem wesentlichsten Ergebnis. Sie ist diesmal leicht zu beantworten: Die SPD hat in Düsseldorf den auf jahrelanger politischer Kampfführung und auf dem Recht ihrer primären Erkenntnis begründeten Anspruch angemeldet, in der Auseinandersetzung mit dem östlichen Totalitarismus die Führung zu übernehmen. Sie stand schon bisher in diesem Kampf in Berlin an der Spitze, sie wird ihn nunmehr auch in Deutschland überall dort führen, wo sie an der Arbeit ist. Auf ihre Initiative ist der Parlamentarische Rat zusammengerufen worden, um sich mit diesem brennendsten Problem zu befassen und sie in diesem Kampf um den Fortbestand der Freiheit und der Demokratie in Europa mit größter Entschiedenheit bis zur letzten Konsequenz durchzuführen. Kein Referat, kein Diskussionsantrag, der nicht von dem Erkenntnis getragen war, daß alle Arbeit am Aufbau eines neuen Deutschlands und eines neuen Europas von der Lösung dieser Frage auszugehen habe.

Die Zeiten, in der man auf Parteitagen sich im wesentlichen in der Begriffsklärung erschöpfte, sind vorüber. Die Geister haben sich geschieden: Freiheit steht gegen Unfreiheit. Darum geht im Grunde alles. Die Fragen unserer Zeit sind mehr als die jeder früheren politischen Art und die Sozialdemokratie will sie praktisch lösen. Dieses Bemühen um gegenständliches Denken ~~erhielt~~ den Beratungen den Stempel auf und durchzog auch die großen Reden von Dr. Kurt Schumacher und Rudolf Zorn, die nach Zweckbestimmung und Anlage eine Gesamtschau des Willens der Sozialdemokratie sein sollten und auch waren.

Wo blieb die Opposition, von der die Gegner so oft gesprochen haben? Jedem Delegierten war selbstverständlich die Möglichkeit gegeben, seine Meinung frei zu sagen und es hat eine lebhaft und von mehreren Dutzend Delegierten bestrittene Aussprache gegeben. Nur einmal hatte man den Eindruck, daß nicht ein Kritiker, sondern ein Opponent am Rednerpult stand, aber die Ausführungen von Erich Jrg (Schwig-Holstein) fanden kein Echo. Er forderte einen kämpferischen, "revolutionär-marxistischen Sozialismus" und begründete diese Forderung mit Wendungen von schlagwortartigem Charakter überholter Prägung, die auf keine Gegenliebe stießen, wohl deshalb, weil man spürte, daß er mit dem meisten von dem, was er sagte, in eine allzu gefährlichen Nähe der vollkommen diskreditierten, volkedemokratischen Diktatur kam.

Auch in der Aussprache zu den Wirtschaftsreferaten von Rudolf Zorn und Hermann Veit kam eine Reihe von kritischen Stimmen zum Ausdruck, die in ihrem Kern besagten, die SPD laufe Gefahr, sich von den traditionellen, und, wenn man so sagen will, orthodoxen Wirtschaften

uffassung zu entfernen. Es wurde als sehr bezeichnend bemängelt, daß das Wort von "gerechtem Lohn" in einer parteioffiziellen Darstellung nicht im kritischen, sondern im zustimmenden Sinne angewandt wurde - Lohn sei niemals gerecht, sondern als Ergebnis des Kampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein wirtschaftlicher aber kein moralischer Begriff. Es wurde ebenso charakteristisch das Bild kritisiert, die Sozialdemokratie fühle sich als ein Arzt am Krankenbett des Kapitalismus - "Wir haben den Eindruck, daß wir in unserer ärztlichen Hilfsbereitschaft schon viel zu weit gegangen sind". Aber niemand wird ernstlich behaupten wollen, daß man solchen Äußerungen die Bedeutung einer oppositionellen Stellungnahme von nennenswertem Gewicht geben kann. Gäbe es sie, so hätte die Opposition bestimmt die Chance in der Abwesenheit Schumachers, des stärksten Repräsentanten der deutschen Sozialdemokratie, genutzt.

Ohne Zweifel hat sein Fehlen, das von allen Teilnehmern des Parteitages tief bedauert wurde, bei der Stärke der Persönlichkeit Schumachers dem Parteitag viel an Farbe und Lebendigkeit genommen. Aber Schumacher als Willenspotenz und als Verkörperung des politischen Ideals stand unsichtbar und stets gegenwärtig über den Beratungen des Parteitages und übte unverkennbar starken Einfluß auf seine Haltung und Beschlüsse aus.

Es ist schon so, und die Gegner der SPD sollten sich damit abfinden: Die Partei ist so einheitlich wie keine andere in Deutschland. Sie hat sich auch ⁱⁿ Düsseldorf wieder als eine durchaus moderne und lebendige, entwicklungswillige Partei erwiesen. Sie übersieht nicht, was sie vielleicht aus einem falschen Traditionalismus heraus tun könnte, daß eine aus den Fugen geratene Welt nicht mit alten Formeln und Rezepten wieder zusammengeleimt werden kann. Im Grunde sind es drei Tatsachen, auf die die SPD ihre großen Erwartungen für die Zukunft gründet: Ihre große innere Geschlossenheit, die sittliche Fundiertheit ihrer Grundsätze, die mehr als ein Lippenbekenntnis und ein Firmenschild ist und ihre unerschütterliche Bindung an die fest umrissene Vorstellung von einer freiheitlichen Demokratie.

Dr. Richard Zorn hat in seinem Referat von der Forderung nach der gleichen Chance gesprochen. Er bezog sich mit dem Thema seiner Rede in erster Linie auf das Gebiet der wirtschaftlichen Betätigung. Aber diese Forderung hat für die Sozialdemokratie allgemeine Gültigkeit. In ihr hat man auf allen Lebensgebieten ein Kernstück sozialistischen Wollens zu sehen und wo dieses Ziel noch nicht in erreichbarer Nähe zu sein scheint, wird man zunächst mit aller Kraft an der Angleichung der Chancen zu arbeiten haben. Eine solche Angleichung der Chancen hat nichts mit stupider Schematisierung zu tun. Sie ist nur das Ergebnis des unverrückbaren Ziels der SPD nach maximaler Gerechtigkeit, eines Ziels, das einer ihrer Wesenskern ist.

Gerade an diesen Punkt wird der unüberbrückbare Gegensatz zum östlichen Totalitarismus sichtbar. Dort ist die gleiche Chance für alle, die zum Funktionärskörper gehören, nur die, denunziert, verhaftet und verurteilt zu werden. Die SPD in Westdeutschland steht in vielen wichtigen Fragen im schroffen Gegensatz zu ihren Gegnern auf der Rechten und sie wird auch hier, getreu ihrer Verpflichtung gegenüber allen Schaffenden, auf der Hut sein. Aber die Bedeutung dieser Auseinandersetzung tritt zurück gegenüber den Erfordernissen, den brutalen Unterdrückungswillen einer neuen Diktatur zu brechen. In Berlin hat sich diese Rangordnung durch die harten Tatsachen seit langem herausgebildet und als notwendig erwiesen. Die SPD wird ihrer Führungsrolle in diesem Kampf umso eher gerecht werden, je mehr sie sich von dieser Erkenntnis leiten läßt.

- - - - -

Verantwortlich: Peter Baunau